



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und
Parlamentsfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/21101

über den Vollzug des Jugendarrestes (Bayeri-
sches Jugendarrestvollzugsgesetz - BayJA-
VollzG)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Kathari- na Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/21570

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein
Bayerisches Jugendarrestvollzugsgesetz
(Drs. 17/21101)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/21588

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein
Bayerisches Jugendarrestvollzugsgesetz
hier: Art. 5 - Einbeziehung der Personensorge-
berechtigten
(Drs. 17/21101)

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/21589

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein
Bayerisches Jugendarrestvollzugsgesetz
hier: Art. 29 - Fortbildung für Bedienstete
(Drs. 17/21101)

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/21590

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein
Bayerisches Jugendarrestvollzugsgesetz
hier: Art. 37a - Vollzug der Jugendstrafe in
freier Form
(Drs. 17/21101)

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Pet- ra Guttenberger, Tobias Reiß, Helmut Brunner u.a. CSU

Drs. 17/21850

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein
Bayerisches Jugendarrestvollzugsgesetz
(Drs. 17/21101)

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Pet- ra Guttenberger, Tobias Reiß, Helmut Brunner u.a. CSU

Drs. 17/22314

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über
den Vollzug des Jugendarrestes (Bayerisches
Jugendarrestvollzugsgesetz - BayJAVollzG)
(Drs. 17/21101)

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Pet- ra Guttenberger, Tobias Reiß, Helmut Brunner u.a. CSU

Drs. 17/22320

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über
den Vollzug des Jugendarrestes (Bayerisches
Jugendarrestvollzugsgesetz – BayJAVollzG)
(Drs. 17/21101)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin zu 1, 6-8: **Petra Guttenberger**
Berichterstatter zu 2: **Dr. Martin Runge**

Berichtersteller zu 3-5: **Florian Streibl**
 Mitberichtersteller zu 1, 6-8: **Franz Schindler**
 Mitberichterstellerin zu 2-5: **Petra Guttenberger**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf federführend beraten und endberaten.
 Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf mitberaten.
 Zum Gesetzentwurf wurden die Änderungsanträge Drs. 17/21570, 17/21588, 17/21589, 17/21590, 17/21850, 17/22314 und 17/22320 eingereicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/21570, Drs. 17/21588, Drs. 17/21589 und Drs. 17/21590 in seiner 87. Sitzung am 12. April 2018 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Ablehnung
 Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/21570, 17/21588, 17/21589 und 17/21590 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Zustimmung
 Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/21570, Drs. 17/21588, Drs. 17/21589, Drs. 17/21590 und Drs. 17/21850 in seiner 197. Sitzung am 17. Mai 2018 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Ablehnung

Zustimmung mit der Maßgabe empfohlen, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Der Überschrift wird folgende Fußnote 1 angefügt:

„¹ Art. 34 dieses Gesetzes dient zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680.“

2. Art. 34 wird wie folgt geändert:

- a) In Nr. 1 werden die Wörter „und Nutzung“ gestrichen und wird die Angabe „Art. 197 Abs. 2 Nr. 5“ durch die Angabe „Art. 197 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4“ ersetzt.
- b) In Nr. 2 werden die Wörter „oder Nutzung“ gestrichen.
- c) Nr. 4 wird gestrichen.

3. Art. 37a wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nr. 1 wird gestrichen.
 - bb) Die bisherigen Nrn. 2 bis 5 werden die Nrn. 1 bis 4.
- b) Abs. 2 wird gestrichen.
- c) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 2 und wird wie folgt geändert:
 - aa) Nr. 1 wird gestrichen.
 - bb) Die bisherigen Nrn. 2 bis 10 werden die Nrn. 1 bis 9.
 - cc) Die bisherige Nr. 11 wird gestrichen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/21850 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in die Stellungnahme seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/21570, 17/21588, 17/21589 und 17/21590 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Zustimmung
 Ablehnung empfohlen.

4. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/21570, Drs. 17/21588, Drs. 17/21589, Drs. 17/21590, Drs. 17/21850, Drs. 17/22314 und Drs. 17/22320 in seiner 93. Sitzung am 07. Juni 2018 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Ablehnung
 Zustimmung mit der Maßgabe empfohlen,

das folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Der Überschrift wird folgende Fußnote 1 angefügt:
¹ Art. 34 dieses Gesetzes dient zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680.“
2. In Art. 19 Abs. 3 Satz 1 Nr. 6 wird die Angabe „Art. 32 Abs. 2 Satz 2 BayStVollzG“ durch die Angabe „Art. 32 Abs. 2 Satz 1 BayStVollzG“ ersetzt.
3. Art. 34 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 1 werden die Wörter „und Nutzung“ gestrichen und wird die Angabe „Art. 197 Abs. 2 Nr. 5“ durch die Angabe „Art. 197 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4“ ersetzt.
 - b) In Nr. 2 werden die Wörter „oder Nutzung“ gestrichen.
 - c) Nr. 4 wird gestrichen.
4. Art. 37a wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nr. 1 wird gestrichen.
 - bb) Die bisherigen Nrn. 2 bis 5 werden die Nrn. 1 bis 4.
 - b) Abs. 2 wird gestrichen.
 - c) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 2 und wird wie folgt geändert:
 - aa) Nr. 1 wird gestrichen.
 - bb) Die bisherigen Nrn. 2 bis 10 werden die Nrn. 1 bis 9.
 - cc) Die bisherige Nr. 11 wird gestrichen.
5. Dem Art. 37a wird folgender Abs. 4 angefügt:
 „(4) In Art. 48a Satz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes (AGGVG) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 300-1-1-J) veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Art. 73a Abs. 11 des Gesetzes vom 22. März 2018 (GVBl. S. 118) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 100e Abs. 1“ durch die Angabe „§ 101b Abs. 1 Satz 1“ ersetzt.“

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/21850, 17/22314 und 17/22320 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.

Die Änderungsanträge haben durch die Aufnahme in die Stellungnahme des endberatenden Ausschusses ihre Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/21570, 17/21588, 17/21589 und 17/21590 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Zustimmung
 Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler
 Vorsitzender